



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Marktbasierte CO₂-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat „Entschließung des Bundesrates zu einer marktbasierter CO₂-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr“ zu unterstützen.

Begründung:

Der Entschließungsantrag des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11.09.2019 (BR-Drs. 422/19) fordert die Einbindung der Sektoren „Verkehr“ und „Gebäude“ in den Europäischen Emissionshandel (EU-ETS). Bis zur Realisierung einer europäischen Integration soll für diese Sektoren die Etablierung eines vom EU-ETS unabhängigen nationalen Emissionshandels angestrebt werden, wobei eine Erweiterung des Systems mit anderen Staaten möglich ist.

Die Vorteile gegenüber ordnungsrechtlichen Ansätzen zur CO₂-Reduktion liegen auf der Hand: Zum einen können sämtliche in den Sektoren „Verkehr“ und „Gebäude“ entstehenden Treibhausgasemissionen durch die im Emissionshandelssystem angelegte Mengenbegrenzung (Cap) zielgenau erfasst und begrenzt werden. Zum anderen ist durch das marktwirtschaftliche System gesichert, dass Emissionen stets dort eingespart werden, wo dies am wirtschaftlich günstigsten und effizientesten ist. Durch diesen Schritt kann Deutschland seine rechtsverbindlichen Ziele der Effort Sharing Regulation der EU, die die nicht im EU-ETS beinhalteten Sektoren betrifft, für die kommenden Jahre erreichen und mögliche Strafzahlungen verhindern.